

Die Industrie und der Uebergang zur Friedenswirtschaft. In der letzten Monatsversammlung des Industriellenklubs hielt der Vorsitzende Präsident Bergrat Max Ritter v. Gutmann eine Rede, in welcher er die wichtige Frage des Ueberganges zur Friedenswirtschaft erörterte. Der Redner führte folgendes aus: Einem Kaiserworts verdanken wir den Hoffnungsschimmer, dessen Abglanz unsere Weihnachtstage erleuchtete, und wenn auch die Feinde in ihrem Wahne vorläufig der Menschheit den Frieden verwehren, so sind wir uns doch der vollen Kraft bewußt, wirtschaftlich auszuhalten, bis wir durch militärische Siege den Frieden erzwingen haben. Für alle Fälle sind rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft. Groß sind die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie beim Uebergang zu rechnen hat, aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden. Sichere Gewähr dafür bietet uns die ungeahnte Entfaltung von Produktions- und Konsumkräften, die sich im Kriege offenbarte. Auf allen Produktionsgebieten eine unendliche Vielsichtigkeit des Anpassungsvermögens und vielerseits eine eminentesteigerungsfähigkeit der Erzeugung von Kriegsmaterial, die uns so überraschender war, je schwieriger sich die Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln gestaltete. In allen Kreisen des Konsums eine bewundernswürdige Opferwilligkeit, sowohl in Bezug auf das Ausmaß der Einschränkung als auch in Bezug auf die Tragfähigkeit gegenüber der schwer lastenden Lenkung. All diese selben Kräfte werden sich auch im Frieden bewähren, jedoch unseres Erachtens wirksamer walten im Wege des freien Willens, mehr unter dem Zwange der Notwendigkeit als unter dem Zwange des Gesetzes. Wir verhehlen uns keineswegs, daß Ausnahmiszustände Ausnahmemaßregeln rechtfertigen. Wir anerkennen wohl, daß bei dem ersten Ansturm der Anforderung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halbfabrikaten und Fabrikaten die Preisbildung derselben und noch mehr die Beschaffung der Valuta und des Schiffsraumes und vielleicht auch die Zuteilung des Imports künftige Organisationen erfordern werden, unter Heranziehung der staatlichen Autorität, doch muß hierbei die freie individuelle Betätigung entsprechend gewahrt werden. Unbedingt muß jede Droßelung der Produktion vermieden werden, denn die intensivste Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, ist eine conditio sine qua non sowohl für die Bewältigung der die Kosten des Staatshaushaltes zu bedeckenden Steuerlast, als auch für die Förderung des Exportes und die Einschränkung des Imports. Der Import sowie der Export lassen sich nicht durch gewaltsame Maßnahmen regeln, ohne unberechenbare Störungen im Wirtschaftsleben hervorzurufen. Sollte jedoch trotzdem als äußerstes Mittel zur Anwendung von Einfuhrverboten geschritten werden, so fragt es sich immerhin, ob die Durchführung derselben nicht einigermaßen erschwert werden dürfte durch die als Friedensbedingung anzustrebende Sicherung des gegenseitigen freien Verkehrs, denn, hochverehrte Herren, eine Hauptsegnung des Friedens ist die Freiheit des Weltverkehrs. Vor allem sind jedoch als Vorbedingung für die Bereitschaft unserer Friedensarbeit zunächst jene brennenden Fragen zu ordnen, die im Innern des Reiches ihrer Lösung harren: der Ausgleich mit Ungarn, die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die künftige Stellung Galiziens im Staate. Einmütig ist das Bestreben, das enge politische Bündnis mit Deutschland, das durch die Waffenbrüderschaft die Weihe der Unzerrennlichkeit empfangen, auch auf das Wirtschaftsgebiet zu übertragen. Im Widerspreche der Meinungen über Form und Ausmaß der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland scheinen die zu allererst vom Industriellenklub aufgestellten Grundsätze immer mehr Raum zu gewinnen: gegenseitige Gewährung von Vorzugszöllen, die niedriger sein müssen als die anderen Staaten auch auf Grund einer allfälligen Meißbegünstigung einzuräumenden Zölle. Ich verweise diesbezüglich auf die am 11. Mai 1915 gefaßten Beschlüsse des Industriellenklubs. Ferner stelle ich fest, daß seitdem immer allgemeiner die Forderung nach Bildung einer gemeinsamen handelspolitischen Front mit Deutschland gegenüber dritten Staaten aufgestellt wird, wobei gedacht ist, an Verhandlungen, die gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen geführt werden und an Verträge, die mit identischen Anfangs- und Endterminen abgeschlossen werden. Betreffend den

Ausgleich mit Ungarn verweise ich auf die an die Regierung gerichtete gemeinsame Eingabe der drei zentralen Organisationen, in der die vom Industriellenklub beschlossenen Leitsätze zur Einhaltung empfohlen wurden. Was Galizien anbelangt, liegt die politische Seite der Frage außerhalb des Rahmens unserer Verhandlungen. Wir betrachten es für selbstverständlich, daß die künftige Stellung Galiziens die dauernde Einheit der Wirtschaftsgebiete in keiner Weise gefährdet. Wir fordern dies nicht nur als Industrielle, sondern als gute Oesterreicher, denen die unbedingte und volle Interessengemeinschaft aller Völker, welche das mächtig einigende Band der dynastischen Treue unlösbar umschließt, über alles am Herzen liegt. Die gegenwärtige Regierung wird vor Aufgaben gestellt, welche auf Dezzennien hinaus schicksalentscheidend sind für das Wirtschaftsleben unserer Monarchie. Möge unsere Regierung nach richtiger Erkenntnis der dem Volk- und Reichswohl dienenden Ziele an denselben unverrückbar festhalten und ihre Erreichung nach innen und außen mit starker Hand durchsetzen. Möge das Parlament aus dem Gewirre politischer und nationaler Gegensätze eintreten zur einmütigen produktiven Arbeit. Das ist unser Wunsch. (Anhaltender Beifall.)